

Ersteinstufig
nachmitt. mit Ausnahme
der Sonn- und Feiertage.

Abonnementspreis
monatlich 90 Pf.
vierteljährlich 1.50 Mk.
halbjährlich 2.70 Mk.
jährlich 5.00 Mk.
wird die Post bezogen
1.00 Mk. mehr bezugsfähig.

Die Neue Welt
(Anschaffungsbeilage),
wird die Post nicht bezogen,
aber kostet monatlich 10 Pf.
vierteljährlich 30 Pf.

Telephon Nr. 1047.
Gesamtwahl-Abteilung
Postfach 1047.

Die Neue Welt

Sozialdemokratisches Organ

Interaktionsgebühr
besteht für die Expedition
Postkarte oder deren Raum
50 Pf. für Wohnort-
Partei- oder Geschäfts-
anmeldungs-Raum 10 Pf.
Für Expeditionen und
wird die Seite 76 Pf. bezahlt.

Inserate
für die fällige Nummer
müssen spätestens bis um
mittags halb 10 Uhr in der
Expedition abgegeben
sein.

Eingetragen in die
Postregierungs-Liste
unter Nr. 7909

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld,
Baumburg-Weißensfels-Beitz, Wittenberg-Schweinitz, Corgau-Liebenwerda und die Mansfelder Kreise.

Redaktion: Geisstr. 21. Box 2 C

Expedition: Geisstr. 21. Box

Die armenische Frage.

In diesen Tagen findet zu Brüssel ein Kongreß zu Gunsten des armenischen Volkes statt. Hervorragende Vertreter der internationalen Sozialdemokratie werden an diesem Kongresse teilnehmen, so von der deutschen Sozialdemokratie Babel und Bernstein. In weiten Kreisen des deutschen Volkes, auch in der Arbeiterkategorie, herrscht freilich eine große Gleichgültigkeit gegen die Leiden des von den Türken in seiner Existenz bedrohten Volkes, ja viele Deutsche wissen nicht einmal, daß ein solches Volk existiert. Der deutsche Viehhändler, der den Mund nicht voll genug nehmen konnte, wenn er gegen die Vergewaltigung der Büren durch die Engländer in grimmigen Wiederkreden wetteuerte, schmeigt zur Vergewaltigung des armenischen Volkes kühllich hin. Es ist sehr erklärlich, denn die Arbeiter der Bürenbegeisterung war im letzten Grunde der Bürenneid gegen Englands Industrie und Handel. Für die Armenier fehlt dem deutschen Bürgertum das Interesse, da bei der armenischen Frage Rücksicht auf den Profit nicht mitzureden hat. Die Sozialdemokratie aber hat die Pflicht, dem unglücklichen Volke in seinen Leiden zu Hilfe zu kommen, macht sie doch darauf Anspruch, international zu sein. Und wenn auch in Deutschland noch genug Ungerechtigkeit, Unterdrückung und Ausbeutung zu bekämpfen sind, so darf das die deutsche Sozialdemokratie nicht hindern, auch gegen die Leiden fremder Völker Einspruch zu erheben. Denn die politische Krise der deutschen Sozialdemokratie muß immer mehr dazu führen, daß die auswärtige Politik nun endlich nach freisinnigen Beispielen und Gesichtspunkten gestaltet werde.

Welche Bedeutung hat es nun mit den armenischen Volk? Soweit man in Deutschland etwas von diesem Volke weiß, glaubt man fast allgemein an das Märchen, daß dasselbe sich nur aus einer Masse von Großtauglichen, Wüchsern, Gaunern u. s. w. zusammensetzt. Es ist dies eine Legende, wie es so viele über fremde Völker und Länder giebt. Wir wollen daher versuchen, unseren Lesern kurz ein thatsächliches Bild über das armenische Volk zu geben.

Das alte kleinasiatische Reich Armenien verlor seine Selbstständigkeit und heute gehört ein Teil zu Rußland, ein Teil zu Persien und der größte Teil zur Türkei. Der letztere Teil mag ungefähr jetzt noch den Flächen-Wiedermessungen durch die türkischen Generalstabes nach ungefähr 1 Millionen Seelen umfassen. Die Armenier sind Christen, und somit besteht ein scharfer Gegensatz zu den mohammedanischen Türken; ein Gegensatz, der sich aber religiöser Natur ist, in Weltlichkeit im Orient aber gleichzeitig einen scharfen nationalen Gegensatz bedeutet. Das armenische Volk sieht im Mittelpunkt seiner großen Frage, die man die orientalische Frage nennt und die zu irgend einer Zeit wiederum von neuem die Kulturvölker westlich in Anspruch nehmen, den Frieden unter den westeuropäischen Kulturnationen führen, einen Streitpunkt zwischen diese Staaten werfen und infolgedessen kulturhemmend wirken kann.

Das armenische Volk besteht zum größten Teil aus Kleinbauern und kleinen Handwerkern. Die Masse der Geldwechler und Wucherer ist numerisch so gering, daß sie kaum gezählt

werden kann. Die wenigen Armenier allerdings, die sich mit Geschäften befassen, haben alle die Eigenschaften, die das Geschick mit sich bringt. Sie sind eben genau so geriet und profitlich wie es jüdisch, griechisch und alle anderen Geschäftsmenschen sind. Ferner sind die Armenier den Türken gleichgestellt; sie werden aber nichts weniger als gleichberechtigt behandelt. Unglaublich hohe Ausnahmesteuern bringen die Armenier in die größte Not, ruinieren sie wirtschaftlich. Die Steuererträge werden von den Türken, wie im 18. Jahrhundert vielfach in Europa, verpackt, und zwar auf dem Wege der Aufrüstung an den Weibstehenden, der dann die Steuern mit Hilfe der Gendarmen rüchellos eintrreibt. Jedoch ist die Steuertrage das geringste der armenischen Leiden.

Der größte Teil des armenischen Gebietes der Türkei liegt an den Abhängen der Gebirgsketten, die sich vom Ararat her westwärts hinziehen. Auf den flachen Gebirgsflanken wohnen die Kurden, und weiter westlich die Tschirgessen, mohammedanische Hirtenstämme, welche die rauhen Steilen der Berge bewohnen, rauf- und raublustige Krieger sind, mit denen die Türken niemals fertig werden. Sie sind die Geißel und der Schrecken der armenischen Talbevölkerung. Der Kurde betrachtet den armenischen Bauer als sein Ausbeutungsojekt. Wenn dessen Vieh Junge geworfen hat, kommt der Kurde oder der Tschirgese und erpreßt einen Teil davon als Tribut von den Bauern. Um dort aber rauben zu können, finden immer wieder, ungehindert von der türkischen Regierung und den europäischen Staatsmännern, Mord und Plündermorde statt. In einer Note vom 11. Mai 1895 wurde durch die türkische Regierung ein Verbot erlassen, den Kurden vorzugehen. Das den Armeniern aber nicht einmal die unabhängige Selbstverwaltung ihrer Gemeinden und Provinzen verweigert. Natürlich nahm die türkische Regierung äußerlich die Forderungen der Mächte an.

Der Sultan ließ sogar dem damaligen englischen Premierminister, Lord Salisbury, mitteilen, er sehe mit keinem Ehrenwort für die unerbittliche Durchführung ein. Aber wie haben er und seine Kreaturen das Versprechen eingelöst! Es wurden nun gerade die ungeheuerlichsten Verbrechen ins Werk gesetzt, Massenabschlachtungen, die geradezu darauf zugeschnitten waren, das armenische Volk als solches vollständig zum Erdboden zu vertilgen, Schlächtereien, wie sie die Geschichte in gleichem Umfang und in gleicher Schrecklichkeit noch nicht gesehen hat, ohne daß der Sultan auch nur im geringsten einschritt.

Auch die europäischen Mächte blieben angeduldet der blutigen Verwüftung des Volkes, dessen ganze Verbrecher darin besteht, einander an der Kehle zu packen und zu erdrosseln, stumm und unthätig. Und doch hatte Europa, und mit Europa die deutsche Regierung eine direkte Verpflichtung dem armenischen Volke gegenüber einzutreten. Unsere deutsche Reichsregierung hat im Verein mit anderen Regierungen Europas im Juli 1878 auf dem Berliner Kongreß, ihrer Zusammenkunft, welche die Großmächte nach Ablauf des letzten russisch-türkischen Krieges abgehalten haben, ganz bestimmte Verpflichtungen gegenüber den armenischen Völkern übernommen, und für die Akte der Regierungen sind nun heute einmal die Völker mit verantwortlich. Namentlich dann, wenn es sich um Forderungen der Menschlichkeit und Gerechtigkeit handelt, und die Regierungen ihre ein-

gegangenen Verpflichtungen nicht erfüllen, ist es die Aufgabe der Völker, die Regierenden energisch an die Einhaltung ihrer Schuld zu mahnen.

Ausland zuzug im Jahre 1878 den Frieden zu San Stefano der Türkei auf und wurde durch ihn folgenden der kurdischen Protektor der Armenier, d. h. der Schutzherr, dem von seiten der Türkei das Recht zuerkannt wurde, über das Wohl der auf ihrem Gebiete wohnenden christlichen Bevölkerung zu wachen. Freilich schritt 1878 Europa auf Veranlassung des englischen Staatsmannes Disraeli gegen den Vertrag von San Stefano ein, entzog Ausland im Berliner Vertrag seiner Sonderpflicht, über die Armenier zu wachen und nahm ausdrücklich diese Pflicht auf sich. Wie es diese Verpflichtung erfüllt hat, geht aus der Thatsache hervor, daß heute das armenische Volk vor dem Abnir nicht und täglich blutigen Verletzungen ausgesetzt ist. Die armenischen Staatsmänner haben nichts, auch nicht das geringste getan, um die Leiden des unglücklichen Volkes zu lindern. Und auch Deutschland hat zu den himmelschreienden Grausamkeiten geschwiegen, im Gegenteil die Türkei mit Beweisen seiner unigen Freundschaft beglückt.

Als Genosse Gradnauer im Reichstage die armenische Frage anschnitt, meinte Bülow, Deutschland könne nicht der Hans Dampf in allen Gassen sein. Dieser Grundatz stimmt jedoch, und es wäre nur wünschenswert, daß recht oft nach demselben unter dem jetzigen Reich-Ratsherr gehandelt würde, aber im Falle der Armenier liegt ein Vertrag vor, der gehalten werden muß, und so viel weiß Graf Bülow auch, daß die Armenier sich nicht selbst helfen können, daß für sie die Hilfe von außen kommen muß.

Wenn die Bündnisdiplomatie hier versagt, so müssen die Völker ihre Stimme erheben. Und in diesem Sinne wird der in Brüssel stattfindende Kongreß, den zu verhindern sich die Mächte rechtlich Mühe gegeben hat, seine Aufgabe auffassen. In Deutschland hat Genosse Bernstein in Berlin den Anfang mit der Protestbewegung gegen türkische Grausamkeit und europäische Gleichgültigkeit gemacht. Am 26. Juni hielt er in einer starkbelegten Volksversammlung einen Vortrag über: Die Leiden des armenischen Volkes und die Pflichten Europas. Dieser Vortrag ist jetzt auch, um ihm eine weitere Verbreitung zu sichern, im Buchhandel erschienen. (Berlag von John Gabelsberger, Berlin, 50 Pf.) Im Interesse einer wahren Humanität ist zu wünschen, daß die Ausführungen des Genossen Bernstein in immer weiteren Kreisen bekannt werden, damit dem Volke immer mehr der Erkenntnis aufgehe, daß die heutigen Staatsregierungen in der Durchführung von wahren Kulturfragen versagen, und daß Kulturfortschritte nur aus der Kraft des Volkes heraus geboren werden können.

Der Brüsseler Kongreß möge aber durch seine Beschlüsse dazu beitragen, daß dem armen, verfolgten armenischen Volk nun endlich thatsächliche Hilfe zu teil werde.

Zum Zollkrieg.

Die Tarifkommission erledigte am gefrigen Dienstag die Positionen 008 bis 623 des Tarifs (Fischerei, Horntrödie,

92)

(Nachdr. verb.)

Am die Freiheit.

Geschichtlicher Roman aus dem Deutschen Bauernkrieg 1525 von Robert Schweißel.

Unter diesen waren die Abgeordneten der Bauernschaft vor Mäte und Ausschuss getreten, welche in dem großen länglichen Saale versammelt waren, in dem vor nicht drei Wochen die neuemählten Körperverordneten den Amtseid geleistet hatten. Die Mätschren waren alle die lange schwarze Antze und das flache schwarze Barett. Georg Berner, der Bürgermeister, nahm den erhöhten Steinisch ein; auf den um eine Stufe niedrigeren Schaffensbänken zu beiden Seiten hatten die dreizehn Mitglieder des Inneren Rates Platz genommen; vor den feineren Schranken auf eigenen Bänken an den Wänden entlang rechts der Weizner Rat, links der Ausschuss. Für die Gefandten standen innerhalb der Schranken Stühle mit hohen Lehnen bereit.

Norian Geier begrüßte die Versammlung mit ritterlichem Anstande und begann von der Bedeutung des zu schließenden Bündnisses zu reden. Er sprach schlicht und klar, aber mit großem Ernst und Nachdruck.

„Als Freunde und christliche liebe Brüder vereinigen wir uns“, so sprach er, „um einen Vertrag, der vor allen Dingen dahin sich erstreckt, daß das göttliche Wort, das heilige Evangelium, frei, lauter, klar, ohne menschlichen Zusatz gepredigt und erhalten werde. Es darf nicht gestattet werden, daß seine Feinde dasselbe fernerhin unterdrücken; denn nur so wird auch der einmütige Mann zur rechten Erkenntnis des wahren kommen. Der arme, gemeine Mann ist aber seit langer Zeit mit ungewöhnlichen, unheimlichen Diensten, Fronen, Lasten und Verschwerden überhäuft worden, wie Jäm am besten wissen werden. Damit aber sein Recht nicht durch die Willkür der Herren und den Wettelsch gebracht werde, so ist es der Wille unserer Brüderlichkeit, daß bis zum Ausgang der Sachen denselben niemand zu bedrängen wage. Nicht Zins, Gült, Rente, Handlohn, Hauptrecht, Schenker oder dergleichen werden gegeben bis zur Reformation durch das Evangelium. Was dieses umficht,

holl umgehoben bleiben, was dieses aufrichtet, soll aufgerichtet bleiben. Wir haben dieses wohlüberlegt beschlossen, damit die Sache desto eher zum Zustand kommen möge.“

Da ruschte es auf durch den Saal; auf den Bänken des Ausschusses ertönte Beifall, auf denen der Mäte Seuzen, Murren, Widerspruch. Norian Geier erhob seine Stimme und erklärte, das es keineswegs die Absicht der Bauernschaft sei, die Mätschren des Volkes ganz aufzuheben; es sollte vielmehr in jeder Stadt Rat, Ausschuss und Gemeinde über die, was zur Erhaltung der Stadt notwendig ist, sich verständigen und so viel als Steuer festsetzen. Auch wolle die Brüderlichkeit nicht, daß die Obrigkeit einer Stadt irgend etwas, das sie bisher mit dem Willen der Gemeinde ansah, einseitig werde. Es solle ihr heimlich geschont werden, und was darüber handle und sich empöre, der werde nach Erkenntnis der Hauptleute des hellen Bauerns scharf gestraft werden. Wenn aber eine ganze Gemeinde gegen ihren Rat Aufbruch erhebe, so werde ihm die Hilfe der verbündeten Bauernschaft nicht mangeln.

Er schloß: „Die Mätschren der Mätschren dürfen nicht mutwillig gestört werden, sondern man soll einige redliche Männer herbeibringen, die unter der Aufsicht des Rates und der Gemeinde einziehen und verwahren, so vorteilhaft wie es nur sein kann, und zwar zum Nutzen der ganzen Brüderlichkeit. Doch bedenket aber, daß auch die Geistlichen Christenmenschen sind. Es ist unredlich, sie mit schändlichen Worten und unbilligen Forderungen zu kränken. Ihr dürft sie nicht ganz an den Wettelsch weisen, sondern so viel müßt ihr ihnen guttun, als zur Lebensnahrung gehört.“

Bürgermeister und Mäte saßen in einer armen Hemme. Da sie kein Handwerk betrieben, sondern auf ihre Einkünfte aus ihren Gütern angewiesen waren, wovon sollten sie leben, wenn keine Gültten, Schenken und Rentenbriefe mehr bezahlt würden? Gegen das Bündnis mit dem fränkischen Heere sich zu wehren, fühlten sie sich zu ohnmächtig. Wohin sie auch die Blicke wendeten, es schante nur das eine Gute aus der Brüderlichkeit heraus, daß dieselbe, in Norian Geier versprochen hatte, Menschen und Vieh zu beschützen, ihnen ihre Mätschren zu aufzuheben. Vor dem Schwäbischen Heere, dessen Mitglieder die Stadt war, konnte man sich wohl durch den Zwang der Notwendigkeit rechtfertigen.

Der Schultheiß Besold kam ihnen zu Hilfe: „Es stehe nicht in der Macht der Gefandten, den Artikel über die einseitige

Aufhebung der Zehnten und Zinsen zu verändern, erklärte er und hat sie, ihn nicht zu schwer zu nehmen. „Denn es läßt sich voraussehen“, fuhr er fort, „daß die Sache bald erledigt wird. Nicht deswegen haben wir den Anbruch begonnen, daß gar keine Gült oder Rent mehr gegeben werde, sondern daß man sich nach der Billigkeit darüber vergleiche. Alles zu verweigern, wäre nicht christlich. Wir eruchen Euch, drei oder vier aus Eurer Mitte zu uns zu senden, damit sie in unserem Rat eine Stimme haben. Das würde Eure Sorgen lindern. Sollte sich der Krieg in die Länge ziehen, so werden die Hauptleute und Mäte ein Mittel finden, die harte Sache zu mildern. Auch andere Herrschaften und Herren vom Adel, denen es sehr beschwerlich war, haben sich gefügt. Wenn wir eigenmächtig etwas ändern, so würde man uns bei der Mätschren im Lager die Köpfe abhauen.“

Einem letzten Trost gewandte er ihnen durch die Beteuerung, daß sie mit dem wegen der Weinsberger That gefürchteten Hauden der Odemänner und Redartaler nur so weit verbunden würden, als sie die Franken, es wären.

Darum ergehen sie Bürgermeister und Rat schweigen bezogen und nahmen samt dem Ausschuss durch Zustimmung die Artikel der Bauernschaft an. Auch die beiden Gefächte nebst Stadtmeister und allem Jubelher, welche die Gefandten verlangten, wurden bewilligt. Zum Schluß befragte Norian Geier einen Satz anzuheben, an dem Rat, Ausschuss und Gemeinde die Pflicht der Brüderlichkeit den verbündeten Bauern schwören und dagegen die Gefandten in deren Namen den Eid der Treue ablegen sollten. Es wurde dazu der nächste Morgen angesetzt.

Die Wahl der städtischen Vertreter ging nicht glatt von flatten. Denn in der Berührung, als Einem das dienen zu müssen, wenn die Sache leicht ging, wollte keiner die Wahl annehmen. Der eine entschuldigte sich mit der nahen Weidenschaft seines Weibes, ein anderer, weil er als Junggeheile zu solchen Dingen nichts nütze sei. Die Anhänger der alten Partei erklärten, daß sie doch lieber in den tiefsten Turm werfen lassen wollten. Stephan von Wensingen lehnte die Wahl ab, weil er argwöhnte, daß man ihn auf diese Weise aus der Stadt entfernen wollte, was er allerdings nicht verlaublich.

(Fortsetzung folgt.)

Reichsholz, Brenn aus tierischen Schmelzstoffen, Bau- und Nutzholz, Feuertenn, Spunde, Säcke, Fässer, Spulen, Spindeln, Holzbrot, Holzgeist.

Entsprechend einem Antrag Spanns beschloß die Kommission, den Zoll für glatte Spinnrohse nach über die Zolltarifvorlage hinaus von 40 auf 60 M. zu erhöhen, nachdem Staatssekretär Graf Hofadomsky sich für den Antrag Spanns erklärt hatte. Entsprechend der Regierungsvorlage wurde der Zoll für rohes Bau- und Nutzholz von 3 auf 6 M. erhöht, ebenso entsprechend der Regierungsvorlage der Zoll für bearbeitetes Bau- und Nutzholz wie bisher auf 10 M. festgesetzt. Staatssekretär Graf Hofadomsky erklärte, es gebe imelde weite Flächen, welche besser unter Wald gelegt, als zu Acker bestellt würden. Das ginge aber nicht ohne Jochhölzer. So habe er, als er noch in Polen war, wunderbare Rothbuchenwälder gesehen, die der Forstschuß aber nicht habe vernichten können. Das Rothbuchenholz sei auf dem Stamm verkauft, während auf der Barthe Kahlholz aus Galizien eingeführt worden sei. Zum Zweck unserer Wälder müsse nicht nur das Kahlholz sondern auch das Holzzeug mit Jochen belegt werden. Denn der Jochtarif habe die Aufgabe, dahin zu wirken, daß die inländische Industrie der ausländischen gleichgestellt werde auch da, wo diese infolge günstigerer klimatischer Verhältnisse, sowie billiger Arbeitslöhne von Hause aus bevorzugt ist.

Die Holz-Rubung (frei) tritt für Jochfreiheit beim für einen Zoll von 3 M. ein. — **Vannakuch** (Soj.) ist wohl für eine Hebung der Kultur des Waldes, aber dazu bedürfte es anderer Förderungsmitel als eines Zolles. Wenn die Sozialdemokratie in den preussischen Landtag eindringen werde, werde sie auch dort der preussischen Forstwirtschaft näher treten. Der Zoll schädige eher die Forstwirtschaft.

Die Position wird nach der Vorlage angenommen. Auch bei allen anderen Positionen werden die Anträge der Sozialdemokraten auf Jochfreiheit abgelehnt.

Nächste Sitzung am Mittwoch.

Tagesgeschichte.

Salle, 10. Juli.

Der Steckbrief der Prager Polizei.

Der vierwöchige „Steckbrief“ beginnt mit folgenden Worten: „Kaiser Wilhelm, Sohn des in Charlottenburg bei Berlin wohnhaften Kaisers Friedrich.“ — Da dann von Wilhelms die Rede ist und von der Anpreisung in Marienburg, ist es wirklich schwer zu begreifen, daß die Prager Polizei nicht sofort hinter den wahren Zweck des Schreibens gekommen sein soll. Jedenfalls wäre die Prager Polizei, wenn sie den Braten nicht so fort gerochen hat, dummer gewesen, als — die Polizei erlauben darf. Allerdings scheint bei der Prager Polizei auch sonst nicht alles in Ordnung zu sein; denn dem Vornamts wird aus der Hauptstadt des Benezelandes geschrieben:

Die Prager Polizei, geistig verwandt mit der sizilianischen Camorra — sie rekrutiert ihre Spitzel aus Dieben und Gaunern und vergibt nur an solche die Konzeptionen vom Kalten von Bordellen — berührt durch ihre grenzenlose Wut gegen die Sozialdemokraten, ist von den Jungtschechen in letzter Zeit auch in das Bereich ihrer nationalen Forderungen einbezogen worden. Dies befehrt nämlich so viel, daß bei Verletzung irgend eines höheren Ansehens unter untern nationalen Bourgeoisien immer Streit entsteht, weil von ihnen den Völkern mit ihrem Protekte (Schilling) beizugehen soll. Unsere fürsorgliche Regierung nützt solche Gelegenheiten immer für ihre Zwecke sehr gut aus, sie fordert und erhält auch für die Vergebung solcher Posten irgend einen Nebenanspruch. Dies nennt man hierzulande nationale Politik.

So konnte es auch geschehen, daß der von der jungtschechischen Partei protegierte Polizeileiter Krivava, obwohl er kaum die Altersgrenze erreichte, wo es die fündigsten Polizeileute kaum höher als zum Polizeirat bringen, Polizeidirektor von Prag wurde. Krivava hat nämlich als ganz junger Polizeibeamter „Gründe“ für die Verhängung des Ausnahmestandes über Prag und Umgebung im Jahre 1893 erfinden, und dies wurde ihm von der damaligen ratlosen Regierung Vindictivrecht hoch angerechnet, er wurde dafür auch außerordentlich befördert. Die Jungtschechen, welche den Ausnahmestand als blutige Schmach bezeichnen, sind heute ganz entgegengesetzter Meinung, indem sie den Begründer des Ausnahmestandes auf ihren Schild erheben.

Polizeiler Krivava wird also als Schandling der Jungtschechen zu dem kleinbürgerlichen politischen Radikalismus geredet. Und da wollte irgend ein strebsamer Beamter, der eben jetzt herrschende Strömung unter den Jungtschechen Rechnung tragend, den Hofgebern seines Chefs eine Geistesleistung erweisen und veröffentlichte in Nr. 27 des Amtsblattes vom 5. Juli i. S., das in der Statthalterei-Druckerei hergestellt wird, auf Seite 4 den Steckbrief gegen Wilhelm II.

Die Veröffentlichung dieses amtlichen Steckbriefes machte natürlich großes Aufsehen; man will jetzt die ganze Sache auf eine Mystifikation schieben. Je länger aber die Sache unterjucht wird, desto klarer wird es, daß es sich hier kaum um eine Mystifikation handelte. Obwar die Intelligenz der Prager Polizei, welche nur vom Advokaten (Mittagsjungen) lebt und anonyme Anzeigen als genügenden Verhaltungsgrund ansieht, sehr tief ist, läßt sich doch keinesfalls annehmen, daß ein Polizeibeamter und wenn's auch nur ein Prager ist — nicht auf den ersten Blick erkennen müßte, worum es sich handelte. Und wenn schon der betreffende Polizeibeamte die Tragweite des amtlichen Steckbriefes nicht erfaßte, wie soll man sich dann den Unfand erklären, daß seiner überdeutlich aufgetragenen Sinn auch die anderen bei der Herstellung des Amtsblattes beteiligten Personen nicht sofort begriffen?

Die heutige Mittagsausgabe der Bohemia teilt noch folgende sehr charakteristische Einzelheiten mit: „Entgegen den Behauptungen einzelner Blätter, daß der Steckbrief, der im hiesigen Polizei-Anzeiger abgedruckt worden ist, in polnischer Sprache eingedruckt wurde, erfahren wir von maßgebender Seite, daß der Text in deutscher Sprache abgefaßt war. Die betreffende Korrespondenzartikler trug die Adresse „An den Magistrat der Stadt Prag.“ Die Karte ist auch von der Post dem Magistrat zugestellt worden, der, sie, da die Sicherheitspolizei nicht in sein Ressort gehört, der Polizeidirektion abtrug.“

Dies in kurzen Zügen die Geschichte des Steckbriefes der Prager Polizeidirektion gegen Kaiser Wilhelm II.

Wammon und Menschenleben.

Als in der Nacht zum Sonntag ein Haveldampfer nach Berlin zurückfuhr und gegen Mitternacht in Spanbau anlegte, tauchte mit einem Male an Bord des Dampfers der Gerichts-vollzieher Petral und mit ihm als Bestand der Polizeikommission Richter auf, um den Kapitän zu beschuldigen; dieser sollte zu Leistung des Offenbarungseides gezwungen werden. In der That erfolgte alsbald die Verhaftung und Abführung des Kapitäns. Der Steuermann übernahm nun die Führung des Dampfers, der seine Fahrt in der

Richtung nach Berlin fortsetzte. Wohlhabend gab es einen furchtbaren Schreck. Der Dampfer war mit voller Kraft gegen die Leichter Eisenbahnbrücke gefahren und sah nun fest; der Anprall erfolgte in dem Augenblick, als ein Eisenbahnzug über die Brücke fuhr. Am Bord entstand eine entsetzliche Panik. Viele erlitterten vom Schiffe aus die Eisenbahnbrücke, weil sie fürchteten, das Fahrzeug sei stark beschädigt und würde untergehen. Andere warfen sich platt auf dem Decke nieder, weil sich unmittelbar über ihnen die eisernen Träger der Brücke befanden; angstvolle Stille herrschte in der Nacht hinein und wurden an den Ufern benommen; nach etwa einer Viertelstunde fürchterlicher Aufregung erhielten die Bemerkungen die erlebte Hilfe. Der Schleppdampfer legte sich dem festgefahrenen Schiffe zur Seite und nahm die Passagiere an Bord, um sie am Land zu bringen. Die Passagiere nun sämtlich mit der Eisenbahn nach Berlin zurück; wie durch ein Wunder hind sie, abgesehen von einigen leichten Verletzungen und Abschürfungen, unbeschädigt geblieben.

Die „Schuld“ an diesem Unfall trägt, wie man mit aufschuldigster Gerechtigkeit, der Steuermann. Uns aber erscheint unangelegentlich, daß Gerichts-vollzieher und Polizist den Kapitän während des Dienstes verhafteten und so, um schändlichen Mommens willen, hundert Menschenleben gefährdeten. Aber die Geschichte paßt zur „gottgewollten Ordnung“, in der das Geld regiert!

Beweis nicht erbracht.

In einer Verurteilung der Bergarbeiter auf der Zeche Holland in Wattenfeld, Anfang April, wurde bekannt gegeben, daß eine Schichtverurteilung die Jehnshundtschicht betreffen sollte und daß die Verurteilungen geprügelt wurden. Diese Schicksale wurden von der Untereinsicht natürlich in Abrede gestellt, und gegen Genossen Reimerters, Aufsicht der Deutschen Bergarbeiterzeitung, die einen Bericht über die Verurteilung aufgenommen hatte, erlosb der Staatsanwalt „im öffentlichen Interesse“ Klage. Vor Gericht erklärte die Vertreter, die Schicht betrage 8, allenfalls 9 Stunden, freilich efl. Ein- und Ausfahrt. Die Arbeiter dagegen bezeichnen die Schichtdauer nach der Zeit des Gesamtanwehens unter Tage. Die Vernehmung dreier Bergleute liefert den unumstößlichen Beweis, daß die Jungen geprügelt wurden. Steiger Sp. giebt das auch schließlich zu, aber die Schläge könnten den Jungen nicht weh getan haben.

Der Staatsanwalt führte aus: Der Artikel in der Bergarbeiterzeitung ist lachwürdig. Er sei in der Form sehr beleidigend und gehässig. Bezüglich der Prügel sei der in der Zeitung Artikel darauf ausgegangen, die Meinung zu erwecken, als ob es Holland hienach die Jungen geprügelt würden. Der Beweis ist nicht erbracht. Die Beamten haben auch ein gewisses Recht zu ihrem Verhalten. Ein jeder der Verurteilung bekomme Prügel. (M) Er beantrage eine Geldstrafe von 500 M. nebst den üblichen Nebenfolgen.

Der Verteidiger betonte, daß ein systematisches Prügeln gar nicht behauptet worden war und im übrigen alles bewiesen sei. Aber das Urteil lautete: Der Angeklagte ist der Beleidigung für schuldig befunden. Das Gericht sieht in dem Besondereintrag nicht die Einführung der Jehnshundtschicht, steht überhaupt auf dem Standpunkt, daß die Schichtzeit vor Ort gilt von Alters her. Dagegen hat das Gericht für erwiesen erachtet die Angaben des Angeklagten über die Prügelung der Bergleute. In der Form sei der Artikel nicht beleidigend. Durch die nicht beweisbare Behauptung, die Jehnshundtschicht sei auf Zeche Holland eingeführt, seien die Herren Jenken und Puffmann beleidigt, und wird auf 200 M. Geldstrafe, event. für je 5 M. einen Tag Gefängnis, erkannt.

Kein Simplicissimus-Geist.

Zur Verwollständigung des Bildes über den unter den Kiefern Professoren maßgebenden Geist, der beim Verbot des Simplicissimus so unterfäßt zu Tage trat, teilt die Zähl. Arb.-Ztg. mit: „Die Universität Kiel zählt zu ihren Lehrern einige Männer, die durch hervorragende Leistungen berühmt geworden sind, so der Zoologe Ferdinand Trautwein, der Sanskritforscher Paul Deussen, der Zoologe Genies. Andere Mitglieder jener Universität erregen auf andere Weise die öffentliche Aufmerksamkeit; er erzählt man sich von einem reichen Generalsdiener, daß er eines Tages seine Freunde, seine Bekannten und die Spitze der Gesellschaft mit der ihm lithographierten Aussage erregte, er habe — seinen Uebertritt zum Christentum vollzogen. Bis dahin hatte er — einer anderen Konfession angehört.“

Recht kleinst.

lang die Beschwerte, die gestern der Zentrumsgesandnete Leiter im bairischen Landtag über den Mikritrit Landmanns führte. Landmann sei der liberalen Winderbeit zum Opfer gefallen. Der Ministerpräsident erwiderte, Landmann sei thatsächlich krank und werde nicht der liberalen Partei geopfert.

Speisung von Kindern in Londoner Schulen. Das Komitee des Londoner Schul-Bords, welches die Speisung der ungenügend begüterten Schulkinder zu leiten hat, erstattete dieser Tage Bericht über seine Tätigkeit. Danach wurden vom November 1901 bis Oktober 1902 in 184 Schulen, von welchen Berichte einliefen, insgesamt 20685 Kinder gespeist. Das einzelne Kind wurde auf die Dauer von 20 Wochen bis herab zu 5 oder 4 Wochen in der Regel mit 2 oder 3 Mahlzeiten pro Woche bedacht. Die Zahl der im Vorjahre gespeisten Kinder betrug 18857, jedoch waren aus einzelnen Schulen keine Berichte eingegangen; dieses Jahr fehlten nur die Berichte von 9 Schulen. Das Komitee befaßte sich, daß in einzelnen Schulen ein Teil der Lehrer oder aber der Heister in weigern, ein Komitee zu bilden, welches die Aufgabe übernehmen könnte, für die Speisung der Schulkinder zu sorgen. Ferner erhebt das Komitee die Beschwerde, daß keine Anordnungen nicht immer Folge geleistet würde; es könne seine Aufgabe nur dann vollkommen lösen, wenn in diesen Punkten Wandel geschaffen würde.

Staatsanwalt und Reliquienverehrung. In der Gerfurter Tribüne waren Mitte Juni unter der Epimarsche eine Portion Mittelalter die Bestimmungen abgedruckt worden, die das Kadener Kollegiatenstiftshaus über die Ausstellung der Reliquien erlassen hat. An diesen Reliquie knüpfte unser Vortelblatt ein paar Verse aus dem alten fröhlichen Burschenliede von der „Freiraun von Droste-Bühnering, die zum heiligen Noth nach Trier ging.“ und die Bemerkung, daß das Reichsgericht die Reliquienverehrung zu einem durch das Privilegium des § 166 Reichsstrafgesetzbuchs geschützten Gebrauch der katholischen Kirche erklärt habe.

Daraufhin ist von der Staatsanwaltschaft gegen den verantwortlichen Redakteur der Tribüne das Strafverfahren aus § 166 des Str.-G.-B. Weisung einer mit Sorporationsrechten innerhalb des Bundesgebietes bestehenden Religionsgesellschaft und ihrer Einrichtungen und Geschäfte, angeklagt worden. Auf das gerichtliche Erkenntnis wurde am 26. Juni ein nachdem der Kölner Reichsbischof Fricker selbst die Unschädlichkeit der Kadener Reliquien als möglich zugestanden hat.

Der Reliquienverehrung Anklage in Höchst ist „beurteilt“ worden. Er hatte Baumunternehmer zu Uebertragungen der kanonischen Vorschriften aufgeführt und an anderen Neubauten gebildet, daß solche Vorschriften nicht befolgt wurden. Dierhalb angeklagt, wurde er vom Schöffengericht freigesprochen, obwohl das Gericht, wie er in der Urteilsbegründung heißt, der Ansicht ist, daß höchstwahrscheinlich die gegenwärtigen Zustände auf den Bauten auf Anordnung und Bestimmung des Reliquienverehrers ausgeführt worden sind. In einem Falle sei es so, ja bestimmt erwiesen. Trotz alledem kam, wie bemerkt, das Schöffengericht zu einer Freisprechung und legte die Kosten der Staatskasse zur Last.

Der Deutsche Glaserstag in Chemnitz beschloß gestern, bei der Reichsregierung dahin vorstellig zu werden, daß Glaserarbeiten für Staatsbauten allein an selbständige Glasermeister, und große Aufträge in Vole geteilt, vergeben werden, damit auch kleinere Meister mit konkurrieren können. — Weiter wurde beschlossen, die Reichsregierung zu eruchen, die schlimme Lage der Industrie nicht durch Zuschüsse, noch mehr zu gefährden, sondern auf den Abschluß günstiger Handelsverträge Bedacht zu sein. Als Text zur Abhaltung des nächstjährigen Glaserstages wurde Würtzig bestimmt.

Wegen Zittlichkeitsverbrechen ist der Amtsanwalt Max Wode zu 4 Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Die Strafstrafe in Neuhald (Oberhessen) erkannte auf eine Jahresstrafe von weiteren 1 1/2 Jahren Zuchthaus, weil Wode als Vorstandsmitglied der evangelischen Kirchengemeinde 2500 M. Kirchengelder unterschlagen hat. Wode war sehr kirchenfromm.

Das amtliche Ergebnis der Baireuther Reichstagswahl lautet: Professor Jagen (nat.-lib.) 8543, Vogel (Sozialdemokrat) 7623 Stimmen.

Ein weiblicher Zimmungsmeister. In Gumburg hat ein Fräulein Marie Führ von der Weiser-Prüfungskommission die Meisterprüfung als Buchbinder bestanden. Die Prüfungsbehörde nicht bekannt, daß Fräulein Führ zur Führung des Meistertitels berechtigt ist.

Der Delegiertentag der Nationalliberalen wird vom 11. bis 13. Oktober in Gienand stattfinden.

Wegen Kaiserbeleidigung, Diebstahls und Bettelei wurde in Glatz der schon sehr oft vorbestrafte Würtzher Konrad Zineker zu 2 Jahren 6 Monaten Zuchthaus verurteilt.

Ausland.

Oesterreich. Zu der Grundwaldfest, die mehrere Tage in Anspruch nimmt, ist auch eine sächsische Deputation unter Führung des Abg. Klossak in Grazau eingetroffen.

Frankreich. Die Kammer ist nach einer 40tägigen Session in die Ferien gegangen. Bei ihrem Wiederzukommen am 1. Herbst wird es jedenfalls zu heftigen Kulturkampfdebatten kommen. Die Vorgänge in den letzten Sitzungen haben schon einen kleinen Vorgeschmack davon gegeben. Der Nationalist Lafos brachte einen Antrag ein, daß die parlamentarische Unverletzlichkeit auch während der Ferien aufrecht erhalten werden solle. Die Verteidigung der Rechte der Parlamentsmitglieder durch die Reaktionen ist leicht erklärlich; dieselben wollen Demonstrationen gegen die Schließung der Ordenshöfen veranlassen und wünschen dazu die Unverletzlichkeit ihrer Person.

Die Schließung der nicht autorisierten Ordenshöfen nicht erlassen wird von den Behörden überall durchgeführt. Hier und da kam es freilich auch vor, daß sich einzelne Ortsbehörden dem diebestgehenden Minister-Erlaß nicht fügten. So mußte z. B. der Bürgermeister von St. Julien, Molin Molete, vom Maire-Präsident seines Amtes entbunden werden, weil er sich weigerte, die in seinem Orte befindliche Ordensniederlassung zu schließen.

Italien. Was der Militarismus verflücht. Ein großer Teil des italienischen Volkes hungert oder muß im Auslande sein Brot zu verdienen suchen. Die Nachbarn verabschieden aber jabraus, jabraun, wie übrigens auch in allen anderen Kulturländern, Millionen auf Millionen, um den Zustand des bewaffneten „Friedens“ aufrecht zu erhalten. Und diese Millionen werden vollständig nutzlos geopfert. Das beweist folgende Meldung: Auf Anfrage der parlamentarischen Kommission für die Militärverordnungen erklärte der Kriegsminister, daß die Fortschritte der militärischen Technik die Ausrüstungsfestung von folgenden Waffenstücken notwendig machten: von 600 000 Gewehren mit Bajonett, Modell 70/87, mit 48 Millionen Kugelpatronen; von 120 Kanonen Kaliber 9, mit entsprechenden Patronen und Munitionswagen und 150 000 Projektilen; von 500 Feldartilleriewagen Kaliber 7, mit Patronen und Wagen sowie 50 000 Projektilen, und endlich von 170 Geschützartilleriegeschützen Kaliber 7 mit Munitionskisten und 17 000 Projektilen!

Rußland. Hinter den Kulissen der deutsch-russischen Freundschaft. Die schmutzige Spionengeschichte des Leutnants Grimm dürfte noch in aller Gedächtnis sein. Der alte hatte nicht nur wirklich Verrat getrieben, sondern auch, um noch mehr Geld herauszuschinden, geschäftliche Pläne von russischen Fregatten, Nachschiffen, u. s. w. angefertigt und die den Auslande verkauft. Als Grimm verhaftet wurde, hieß es in Deutschland, daß er mit der deutschen Regierung nicht in Verbindung gestanden habe. Kürzlich veröffentlichten nun russische Blätter einiges aus dem Gerichtsverfahren gegen Grimm und man muß dabei berückichtigen, daß in Rußland nur das veröffentlicht werden kann, was die Regierung erlaubt. Diese russischen Beschreibungen belegen: Grimm soll ein umfassendes Geheimnis abgelegt und erklärt haben, daß er zu dem Verrat durch einen höheren deutschen Generalstabsoffizier, dessen Bekanntschaft er in Wiesbaden gemacht habe, verleitet worden ist. Er habe, bevor er seine „Informationen“ herausgab, ein Angebot von 10 000 M. erhalten und nach Abklärung der ersten beiden Pläne eine weitere Summe von 50 000 M. Im Laufe von drei Jahren habe er so mehr als 300 000 Rubel bekommen, aber das meiste hiervon wieder im Spiel verflüchtend oder zur Bezahlung aller Schulden verwendet. Das Urteil, lautet auf Entfernung von seinem militärischen Range und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte, zwölfjährige Zwangsarbeit auf der Insel Sachalin und nach Abfüllung dieser Strafe lebenslängliche Verbannung nach Sibirien.

Rußland soll übrigens eine Summe von 14 Millionen Rubel für die Anlage neuer Befestigungen und für den Bau einer dritten Brücke über die Weichsel bei Warschau, welche durch die Ausarbeitung neuer Mobilisierungspläne notwendig wird, ausgeworfen haben.

— **Rebelle** unter den Priesterknechten. Die Wiener Arb.-Ztg. teilt ein für uns Rußland ausgehendes geheimeres Rundschreiben des Rektors des geistlichen Instituts in Moskau mit, worin auf die in den geistlichen Seminaren in Moskau sich geltend revolutionäre Bewegung aufmerksam gemacht wird und die Eltern der Zöglinge aufgefordert werden, alle notwendigen Maßnahmen gegen die Bewegung zu ergreifen. — Die

Stote a 50 Bfg. unter den Aufsicht gestellt, um sich dieselben rechtzeitig anzueignen. Der Staatsanwalt hatte 1 Monat Rechtsmittel beantragt.

Der Sander-Prozess.

34. Sitzungstag.

Nach Eröffnung der Verhandlung am Dienstag ergreift Rechtsanwalt H. H. den Vorsitz über die Angeklagten Eduard Schmidt und erklärt, daß er sich aller rechtlichen Ausführungen seiner Verteidiger voll annehme. Er geht dann auf die einzelnen Punkte der Anklage ein und beantragt schließlich die Freisprechung, da überall da, wo die Unschuld des Angeklagten Eduard Schmidt nicht voll erwiesen ist, doch ein non liquet vorliege. Es folgt das Plaidoyer des Anklägers Wobler zu gunsten des Angeklagten Eduard Schmidt, das gleichfalls mit dem Antrag auf Freisprechung des Angeklagten Eduard Schmidt schließt. Nach einer kurzen Pause ergreift Justizrat Steen für den Angeklagten Eduard Schmidt das Wort und geht zunächst mit den Reorganisationsmaßnahmen für ins Gericht und schließt seine Ausführungen damit, daß es eine eigene Aufgabe des Gerichts sei, den Namen des völlig unzulänglichen Angeklagten zu rehabilitieren und ihn freizusprechen. Sollte der Gerichtshof wider Erwarten zu einem Schuldspruch kommen, so müßte dem Angeklagten die gesamte Unternehmungsgeschichte angekreidet werden. Justizrat Kleinholz kann dem ausführlichen Vortrag des Justizrats Steen nur wenig hinzufügen. Er geht jeden einzelnen von der Anklage geltend gemachten Gesichtspunkt durch, um nachzuweisen, daß in keinem dieser Punkte eine unrichtige Feststellung vorliegt. Sollte der Gerichtshof doch den einen oder anderen Punkt bejahen, so werde der Angeklagte Eduard Schmidt sagen müssen: Ach, beuge mich der Justiz, aber ich bin und bleibe ein Ehrenmann. Darauf vertritt der Vorsitzende die Fortsetzung und Beendigung der Plaidoyers auf Mittwoch.

Leipziger Bank-Prozess.

In der Verhandlung am Dienstag sagt Neuge Sekretär Witke, der von den Kontroversverwaltungen der Leipziger Bank und der Treuhandgesellschaft sowie dem sächsischen Finanzministerium beauftragt war, Erhebungen über die Erhaltung und Bewertung der Anlagen der Treuhandgesellschaften anzustellen und darüber Bericht zu erstatten, aus es dürfte die mit sechs Millionen Rubel gegründete russische Gesellschaft ihrem heutigen Wert nach einem Kapital von 1800000 Rubel entsprechen, wenn die entsprechenden Abfälschungen vorgenommen werden. Das Geld bei der Gründung der russischen Gesellschaft hat die Bank vorgezogen. Im Jahre 1901 wurde die russische Gesellschaft mit 2 Millionen Rubel gegründet. Man erlangte bald ohne Grund und Boden, der ursprünglich 30000, dann 60000 Rubel wert war, für 1600000 Rubel und nach 400000 Rubel bar gegen Anleihe aus. Den wirklichen Wert der russischen Gesellschaft schätzte man auf 53000 Rubel. Die Verhältnisse liegen trostlos und die laufenden Ausgaben werden von den Beteiligten bestritten. Die russische Gesellschaft, mit 1850000 Rubel gegründet (von der Leipziger Bank mit 3000000 Mark befristet) hat bei teureren Holzpreisen gearbeitet und überflüssige große Subsidien bekommen. Bei der Liquidation dürften etwa 100-120000 Mark Restwert bleiben. Die Gesellschaft in Preußen, mit 3000000 Rubel gegründet, dürfte vielleicht einen Erlös von 3000000 Rubel bringen. Dabei ist noch ein Verzicht von 1000000 Rubel einbezogen, den die Kontroversverwaltung der Leipziger Bank gegeben hat, um den Betrieb auf-

recht zu erhalten. Die zwei russischen Gesellschaften, mit 3700000 Rubel gegründet, repräsentieren nach Witke einen Betriebswert von 500000 bis 600000 Rubel, wenn man eine Rente von 5 Proz. kapitalisiert.

Neuge Vorsitzend Dr. Mittelhadt, der die Voruntersuchung geführt hat, geht zunächst auf die Frage ein, die von ihm ausgeführte Besichtigung von Briefen aus der Privatkorrespondenz der Direktoren der Bank und erklärt dann, daß alle Mitglieder des Aufsichtsrats, vielleicht mit Ausnahme des Dr. Heibiger, gemutet hätten, daß der bekannte Artikel der Zeit. Sig. über das 25 Millionen-Schulden bei der Treuhandgesellschaft nur ein Teil der Wahrheit gewesen sei. Der Neuge erklärt weiter, daß nach viele Briefe zur Ergänzung der vertraulichen Korrespondenz zwischen Leipzig und Kassel fehlten. Aus den vorliegenden Briefen werde ein falsches Gewissen. Auch durch Buchungen seien vielfach Erhebungen vorgenommen worden.

Nach weiteren Auslagen eines anderen Sachverständigen über die in Leipzig und Kassel ausgeführten komplizierten Buchungen wird die Verhandlung auf Mittwoch übernommen.

Veranlagungsberichte.

Leipzig bei Zeit.

Trotz der zahlreichen Schüßenseite und anderen Vergünstigungen, die in der Umgebung abgehalten wurden, war die Veranlagung am Sonntag nachmittag in welcher der Reichstagsabgeordnete Ad. Thiele, Halle über unsere Kraft und unsere Ziele sprach, recht gut besucht. Der 1/4 stündige Vortrag wurde mit sehr lebhaftem Beifall aufgenommen und hatte den Erfolg, daß eine ganze Anzahl der Anwesenden der politischen Organisation beitrug. Am Schlußwort legte der Redner recht anschaulich dar, wie häufig es von einem Arbeiter wäre, wenn er nicht organisiert, weil er in vermeintlicher Ehrlichkeit denkt: Was die organisierten Kameraden erreichen, wird auch dir zu gute kommen, ohne daß du ein Dyer zu bringen brauchst und ohne daß du beim Unternehmen ansetzt. In das Licht auf die internationale Sozialdemokratie, mit dem der Vorsitzende die Veranlagung schloß, stimmten alle Anwesenden mit freudiger Begeisterung ein.

Weihensfels.

Vorigen Sonnabend sprach im Sozialdemokratischen Verein Gen. Beigmann in Halle über Arbeiterleben und Sozialdemokratie, nachdem der dahngeleitete Genosse Gen. Schmidt und Witke geäußert worden war. Beigmann erklärte die Begriffe Demokratie, Aristokratie und Monarchie und das Verhalten der bürgerlichen Parteien zur Arbeiterbewegung, die nur in der Sozialdemokratie ihre wirkliche Vertretung findet. An den beifällig aufgenommenen Vortrag schloß sich eine kurze Diskussion.

Nach dem Vortrage wurde zur Sprache gebracht, daß verschiedene Bürger durch Zufahrt vom Rathause mitgeteilt wurde, daß sie ihr Bürgerrecht verloren hätten, da ihr Einkommen die erforderliche Höhe nicht mehr habe. Mehrere Personen haben gegen dieses Verbot Einspruch erhoben und nachgewiesen, daß eine Veränderung ihrer Einkommensverhältnisse nicht eingetreten sei und daß nach allen Abzügen ihr Einkommen die erforderliche Höhe von über 600 Mk. beträgt. Trotzdem wurde sie mit ihrem Einspruch zurückgewiesen. Da sich dieses Vergehen ganz erheblich gegen das Verhalten anderer Genossen, sich in der Evidenzman betruget zu sehen, richtet, wenn nicht wäre es unverhältniß, daß man trotz des erbrachten Nachweises bei der Bürgerentziehung beharrt, fordert der Vorstand des Soz. Vereins hiermit alle Genossen, welche von der Bürgerentziehung betroffen sind, auf, sich bei dem Vorsitzenden,

Genossen Rednaegel, behufs Bekretung des Antrages zu melden. Die entscheidenden Stimmen trägt der Soziald. Verein. Ferner wird bekannt gegeben, daß die Bürgerlisten vom 15. bis 31. Juli ausliegen und daß jeder Genosse sich überzeugen möge, daß er bei der Enttragung nicht dargehen ist, da von der Enttragung das Wahlrecht abhängt. O. J.

Achtung, Parteigenossen!

In allen Städten müssen in der zweiten Hälfte des Monats Juli die Listen der bei den Stadtverordnetenwahlen stimmberechtigten Bürger zur Revision ausliegen. Jeder hat das Recht, Einsicht in die Listen zu nehmen und sich zu überzeugen, ob sein Name mit aufgenommen ist. Findet er seinen Namen nicht, obwohl er die Wahlberechtigung besitzt, so hat er seinen Antrag, in die Liste aufgenommen zu werden, sofort zu Protokoll zu geben.

Briefkasten der Redaktion.

Teufenthal. 1. Arendt 18210, Großte 2680, der Freireisende 2307. 2. Ja! Aber das Eintrittsgeld muß für alle Parteien gleich hoch sein. Die feste Bestimmung trifft aber nur für die Parteimitglieder, nicht für Vergünstigten. 3. Beide zusammen, der Gebirgs- und der Seebereich, bilden einen Reichstagswahlkreis, aber zwei Landtagswahlkreise. 4. Besser ist, die Angehörigen thun das; der Betriebsführer muß den Unfall der Polizei melden.

G. G. Nach Ihrer Darstellung unterliegen Sie der Verhaftung durch den Unternehmer, doch ist die Örtliche gewerbliche Heimarbeit und selbständigem Handwerker namentlich in Ihrem Verste so schwer zu sehen, daß Sie gut thun, die Frage dem Gewerbeinspektor vorzulegen.

G. G. in B. Nein, das darf er nicht. Gehen Sie auf das Amtsgeschäft, bei dem die Sache anhängig ist, und erheben Sie Einspruch. Allerdings müssen Sie gewarnt sein, daß Ihre Gegner die mündliche Vereinbarung bestritten.

G. G. in B. Ihr Gedicht ist recht warm empfunden, doch wird wohl besser von seiner Veröffentlichung abgesehen, damit nicht faul verarbeitete Kunden wieder aufgerufen werden.

W. B. G. In Extrate können Sie deshalb nicht genommen werden; aber Sie legen sich der Forderung aus. Wenn Ihnen nichts gepaßt werden kann, dürfen Sie die Sache nimmermehr sich ruhig weiter entwickeln lassen.

Leitung.

Für Parteizwecke: Ueberzählung von einer Kreisbewegung 408 Mk. Ebel. Arbeiter-Sekretariat, Halle a. S., Geißeustraße 21, 1. Hof rechts. Geöffnet nur Werktagen von 9/2-1/2 und 4-8 Uhr. Sonnabend nachmittag geschlossen.

Unentgeltliche Auskunftserteilung in gewerblichen Streitigkeiten, über Kranken-, Unfall-, Alters- und Invaliditäts-Versicherung, über Arbeitergesetz, Vereins- und Veranlagungsrecht zu wie über das Schriftinspektorat u. s. w. Verschiedenen des Arbeiter-Sekretariats nur Wochentagen von 9/2-1/2 und 4-8 Uhr. Answärtigen Anfragen ist stets Briefmarken als Rückporto beizufügen. Verantwortlicher Redakteur: Ad. Thiele in Halle.

Rasberg.

Sonntag den 20. Juli 1902 nachm. 3 Uhr im Gasthaus des Herrn Wobler (Brauerei)

gr. öffentl. Volksversammlung.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Reichstagsabgeordneten Adolf Thiele, Halle, über: Die politische und wirtschaftliche Lage. 2. Verschiedenes. Eintritt 10 Pf.

Zu dieser Versammlung sind alle Männer und Frauen von Rasberg und Umgegend eingeladen.

M. Borcks Gartenlokal, Kurze Gasse.

Morgen Donnerstag Abendliedertafel vom Deutschen Gesangverein.

Zeit. Bäckerei-Eröffnung. Zeit.

Einer geübten Arbeiterin von Zeit u. Umges. die ergebene Anzeige, daß ich, Altenburgerstr. 55, eine Bäckerei und Konditorei

errichtet habe. Ich bitte um geneigte Berücksichtigung, indem ich für schmackhafte Ware und reelle Bedienung stets bemüht bin. Mein Geschäft befindet sich in der Altenburgerstr. 55, gegenüber dem Hotel „Zur Post“. Bestellungen auf Lieferung erwünscht. Zeit, den 15. Juli 1902.

Zeitler Bade- u. Massage-Anstalt

Bestalozzistraße. Gustav Scholz. Bestalozzistraße. Geöffnet von früh 7 Uhr bis abends 8 Uhr.

Arb.-Sänger-Chor, Zeit.

Seute Mittwoch keine Eingetunde. Sonntag den 20. Juli 1902 nachmittags 3/4 Uhr

General-Versammlung

im Felsenkeller. Alle aktiven wie passiven Mitglieder haben zu erscheinen. Der Vorstand.

Seute Donnerstag Schlachte-Fest.

Seute Donnerstag Schlachte-Fest. W. H. Hitzsche, Zeit, Raffstr. 23

Seeden erkiehen: Wahrer Jakob

Nr. 15. Preis 10 Pf. Zu beziehen durch sämtliche Ausdräger und Die Volksbuchhandlung, Geißeustraße 21.

Wahrer Jakob

Nr. 15. Preis 10 Pf. Zu beziehen durch sämtliche Ausdräger und Die Volksbuchhandlung, Geißeustraße 21.

Die Volksbuchhandlung.

Geißeustraße 21.

Walhalla-Theater.

Direktion: Richard Habert. Ab Mittwoch den 16. Juli

Gastspiel

des rühmlichst bekannten Leonhardy Haskel-Ensembles.

Erstklassige Burleske-Gesellschaft 4 Damen, 6 Herren. Wechselnde Programme. Heute und folgende Tage: Der Lumpenball.

Große Burleske mit Gesang in 2 Akten. Unerbittlich am Komik. Hierauf: Der Gipfel des Gurores.

Das Modell.

Burleske mit Gesang und Tanz in 1 Akt.

Sonstige über 1500 Aufführungen Anfang 8 Uhr. Ende gegen 11 Uhr.

Apollo-Theater

Direktion: Gustav Pöller am Theaterplatz, nächste Nähe des Hauptbahnhofs. Heute den 16. Juli abends 8 Uhr

In den prächtig illuminierten Gartenanlagen: Der neue amantente Spielplan! Romulus-Trio, mod. Kraftakt mit völlig neuen Tricks. Mr. Zeltz, der urförmliche Jongleur. Schwester Zaharett, Musical-Komponistin. Prolongiert.

Fifi Tosca's leb. Aquarellgemälde nach berühmten Meistern. 5 Damen, 2 Herren. Lola Lieblieb, Vortragsjoubrette par excellence. Edi Blum, genannt „Schwächer“, Salonhum.

Erna Rolla, Kollium-Soubrette. Anfang 8 Uhr. Ende gegen 11 Uhr.

Gekrönte Häupter.

Zur Naturgeschichte des Absolutismus.

- 1. Katharina II. von Rußland. Konfiszirt gewesen. 2. August der Starke, Kurfürst von Sachsen. Konfiszirt gewesen. 3. Papst Alexander VI. 4. Karl Leopold von Mecklenburg. 5. Ludwig XIV. von Frankreich. 6. Philipp II. von Spanien. 7. Friedrich Wilhelm II. von Preußen. 8. Heinrich VIII. von England. 9. Geisabach von Rußland. 10. Louis Philippe von Frankreich. 11. Papst Julius II. 12. Friedrich II. von Preußen. 13. Caligula. 14. Ludwig XV. von Frankreich. 15. Friedrich Wilhelm IV. 16. Ivan der Schreckliche von Rußland. 17. Jerome, König von Westfalen. 18. Isabella II. von Spanien. 19. Wilhelm II. von Preußen. 20. Nero. 21. Karl I. von England. 22. Karl Eugen von Württemberg. 23. Rudolf II., Kaiser von Deutschland. 24. Christian von Schweden. 25. Maria Theresia von Oesterreich. 26. Leopold II. von Belgien.

Jedes Heft 20 Pf. Zu beziehen durch die Volksbuchhandlung, Geißeustraße 21.

Fliegenfallen!!

Praktisch, sauber, billig. C. F. Ritter, Leipzigerstraße 90.

Postkarten

von Halle und 12 verschiedene Umgegend neue Ansichten. Grossartige Ausführung. Zu beziehen durch die Volksbuchhandlung, Geißeustraße 21.

Frauen und Mädchen,

welche das Mäntelnähen erlernen wollen, können sich melden bei Gebr. Serzau. Junges Mädchen, welches Lust hat mit der Derrschafft nach London zu reisen bei 80 Thlr. Gehalt mit freier Fahrt. Näb. Körnerstr. 54 bei Frau Kubitz.

Möbelfabrik u. Magazin

31 Geißeustraße 31. Empfehle mein großes Lager anerkannt gut solid gearbeiteter Möbel- und Postkarten der Zeit anpassend zu billigen Preisen. F. Bergmann, Tischlermstr.

Speise-Kartoffeln

magnum bonum, sind wieder eingetroffen bei H. Köppe, Zeitstr. 50/51.

Das formelle Recht in Preußen.

Preis 75 Pf.

Merkbüchlein über das Recht im gewerblichen Arbeitsvertrag.

Preis 10 Pf.

Die Polizei in Preußen.

Preis 75 Pf. Zu beziehen durch die Volksbuchhandlung, Geißeustraße 21.



wollen. Auch hatte er der Herr bei seiner früheren Gelegenheit direkt ausgeprochen, daß er die Verbands-Fürsorge, 'Sprengung' malle, einzuhalten, um sie über...

Alte Provinzial-Verträge.
Die nächste Tochter des Kandidats Berndt in Wittlich vom dem Feuer im Osten zu nahe, die Feinde des Bundes fanden im Augenblick in Plümen und die Regierung waren so fähig, daß große Lebensgefahre besteht. - In dem gleichen Orte bemerkt man den Schneidermeister Graw, welcher am Samstag nach Leuten gefahren und seit dieser Zeit nicht wieder gesehen worden ist. - Dem Zimmermann Franz in Schellitz bei Naumburg für durch einen Beschlag sein Bein ins rechte Knie einstecken und verletzte diese schwer. - In Wittgenberg plagte ein vom Bahnhof abgeholt, mit Saloberie gefüllter Glasballon und ergriff seinen Inhalt auf die Straße. Ein barfuß gehender Knabe trat in die Flüssigkeit und trug Brandwunden davon.

Debatte

über den Stuttgarter Gewerkschafts-Kongress.
Eine öffentliche Gewerkschafts-Verammlung fand am Montag abend in Döbergs Bellevue statt. Als Bureau wurde, wie gewöhnlich, der Vorstand des Gewerkschaftsrates beauftragt. Der Generalsekretär berichtete über den Stuttgarter Gewerkschafts-Kongress, dem er als Delegierter des Schmeibergverbandes beigewohnt hat. An der Hand der Tagesordnung besprach der Vortragende die einzelnen zur Verhandlung gelangten Gegenstände und die dabei gefassten Beschlüsse. Hierbei ist den Vertretern des Publikums aus dem näheren Verlauf des Kongresses die wichtigsten Beschlüsse bekannt. Das wichtigste ist die Verabschiedung als auch die Regierung von Württemberg auf dem Kongress sich vertreten ließ, sei ein Beweis für die wachsende Bedeutung und Stärke der modernen Arbeiterbewegung; die Beteiligung sei um so bedeutender, als der Kongress zum Unterschied von seinen Vorgängern in die Angelegenheiten der Arbeiterbewegung und die Gewerkschaftsbewegung und die Sozialdemokratie für untrennbar halte. Die Berichte der Herren Neuhäuser und Eichendorfer, die Gewerkschaftsbewegung von der politischen Partei loszulösen, seien vollständig missglückt und vom Kongress in ungenügender Weise zurückgewiesen worden. Der Kongress habe ein schmerzliches Urteil ausgesprochen, und mit seinen Beschlüssen könne man sich innerlich nicht erklären. Unmissverständlich wurde die Klassenbewegung vorwärts schreiten und alle Kräfte an den Ausbau der gewerkschaftlichen und politischen Organisationen legen.

Für den Gang der Debatte wurde nach dem Vorhabe des Vorsitzenden W. Thiele und nach Gewerkschaftsbeschlüssen die Bestimmung getroffen, daß erst die feineren Punkte zur Besprechung gelangen.

Betreffs Errichtung eines Reichs-Arbeiter-Sekretariats sprach sich die Versammlung für Errichtung eines solchen Instituts aus, aber gegen die Forderung von 15000 M. zur Unterhaltung des selben. Die Beschlüsse der Versammlung sind, daß der Kongress, wenn im Prinzip für das Institut ist, müsse auch die Mittel bewilligen, und von den 15000 M. gebe der größte Teil für Miete und andere sachliche Ausgaben drauf; hohe Gehälter würden davon nicht bezahlt.

Bei der Erörterung des Vereins des Arbeiter-Vertreters Berlin wurde die Beschlüsse des Antrag angenommen, daß der hier bestehende Verein jeder Art in enge Fühlung mit den organisierten Gewerkschaften zu treten habe. Ob es darauf nicht ein, so sollen die Gewerkschaften dahin wirken, daß ihre Mitglieder die Verbindung mit dem Verein aufgeben. Der Halleische Arbeiter-Vertreter-Verein hat beabsichtigt, ein solches Organisationsbüro zu errichten, um die Reichsversicherungsamt eine recht unrichtige Rolle spielt.

In der allgemeinen Debatte über den Stuttgarter Kongress tadelt Gen. Heyn, daß der Kongress zumeist aus Angehörigen der Gewerkschaften zusammengesetzt gewesen sei. Wäre das nicht der Fall, so würden gewiss manche Beschlüsse anders ausgefallen sein. 15000 M. für das Reichs-Arbeiter-Sekretariat ist eine sehr hohe Summe. Durch diese Bewilligung ist eine Erhöhung von 8 auf 24 M. pro Kopf und Quartal nötig geworden. Auch die Feststellung der Gehaltsfaktoren für die Angehörigen der Gewerkschaften, die mit 2000 M. beginnt und durch mit Beiträgen überlastet ist hoch. Die Arbeiter werden der Gewerkschaften einen Unterstufungs-Fonds für Annullität gründen wollen, so sollen sie die Beiträge aus eigener Tasche zahlen, nicht aber verlangen, daß die Gewerkschaft für jeden 100 M. beziehe.

Gen. Pfeiffer widerholte die schon im Ess. Vereine gefasste Forderung, daß die Verhandlungen der Leuten in der Arbeiterbewegung nicht solle. Der Stuttgarter Kongress habe darüber nicht den erforderlichen Eindruck gemacht, den der Delegiert hervorgehoben habe. Es sei Regellanz, Politik, wolle man vermeiden, daß die deutsche Gewerkschaftsbewegung sehr nach rechts gerückt ist. Das habe sogar die englische Gewerkschaften (Gen. a) zugestanden. Die deutschen Gewerkschaften wollen das annehmen, was die englischen Arbeiter als alles Gerümpel fortgeworfen haben. - Mit dem Unterstufungs-Fonds und der Gehaltsfaktoren könne man sich nicht einverstanden erklären. Werde denn ein Arbeiter, der heute noch am Schraubstock steht und morgen in eine Produktion oder in eine andere Stelle eintritt, auf einmal so gefordert, daß er einen doppelten Lohn beanspruchen darf als vorher? Der Angestellte darf die Fühlung mit den Arbeitern nicht verlieren; wären letztere Millionen, so würden sie ihre Angestellten besser bezahlen können. In Ansehung der Zentralvorstand des Solgard-Vereins, die Fikale der Schummdreher ausließen wollen, wenn sie freier werden. Die Schummdreher haben trotzdem gefordert und gefordert. Die Gewerkschaften können nur frei wirken, wenn sie hinter sich eine starke politische Partei haben; darum dürfen sie nicht von der Partei wegrücken sondern müssen die immer retten wollen, wenn sie hinter sich eine Partei haben. - Der Gehaltsfaktor, der dem Arbeiter gegenüber ist, muß man die Gewerkschaften nicht aufgeben, sondern die Gewerkschaften müssen die auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehen.

Gen. Gildenberg: Allen kann es niemand recht machen, und wie jeder Arbeiter seine Arbeitskraft möglichst teuer verkaufen, so muß man das gleiche Recht auch den Annullität anerkennen. Was die Beiträge zum Fonds angeht, so sind sie anfangs, so werden nicht 100 M. verlangt, wie Gen. behauptet, sondern nur 36 M., und man dürfe nicht vergessen, daß das Gesetz jeden Arbeitgeber bereits jetzt zwingt, für den Arbeiter pro Kopf und Jahr an Beiträgen für die Kranken-, Unfall- und Annullitätsversicherung 26 M. zu zahlen. Jede Gewerkschaft muß die Hälfte der Versicherungsbeiträge für ihre Angestellten zahlen. - Wenn jemand Angestellte auf den Kongress gefordert werden, so geschieht das doch nur, weil die Mitglieder Vertrauen zu denselben haben; die Wahlen sind doch allgemein und geheim, und ein Arbeiter hat die Gewerkschaft nicht verlassen, wenn er der Gewerkschaft angeheilt wird, geschieht doch nur dann, wenn der betreffende sich vorher so gut bewährt hat, daß er das Vertrauen seiner Arbeitskollegen erworben hat. - Der Kongress dürfe auch nicht verkannt gemacht werden für das, was ein einziger, 8. März, in der Debatte gesagt hat. Reduktions Worte seien doch keine Beschlüsse ge-

wesen. - Den Redakteuren der Parteipresse und den Angehörigen der Gewerkschaften dürfe man es nicht verwehren, daß sie sich untereinander organisieren. Wäre doch nicht vergessen werden, daß wir die einigenden Momente in den Vordergrund stellen, nicht die trennenden.

Genosse Gieseler: Gildenberg ist mit den Beschlüssen des Kongresses einverstanden, weil er Angestellter ist; ich bin nicht mit dem Beschlüssen einverstanden, weil ich Arbeiter bin. Ich arbeite 13 Stunden arbeiten, da können die Angestellten doch mit 2000 M. zufrieden sein. Wo soll das hinführen? Wir sehen Kapitalisten in den eigenen Reihen groß. Die Angestellten halten zwar Vorträge, aber sie leisten keine Kleinarbeit; sie tragen keine Fingerringe mit aus. Die Angestellten wollen von der Partei auch am liebsten Arbeiter-Sekretariat werden die Forderungen in die Höhe gebracht.

Waller glaubt nicht, daß das Erfinden der Reglerungsvertreter auf dem Kongress ein Beweis für die Stärke der Arbeiterbewegung ist, sonst dürften auch die Kapitalmänner nicht verboten werden. Die Gewerkschaften sollen nicht als politische Partei betrachtet werden, sondern die Parteibewegung behandelt werden. Man soll den in die Gewerkschaft tretenden Arbeiter nicht fragen: 'Bist Du Sozialdemokrat?' sondern man soll ihn zum Sozialismus erziehen. In Belgien, Schweden, Spanien haben die Arbeiter einen Klassenkampf durchgeführt, den die deutschen Arbeiter nicht kennen. Die Arbeiter sollen sich in den nächsten Jahren ändern. Warum wird ein Unterschied gemacht zwischen Zentral- und Lokalorganisation? Wir kennen nur den Unterschied zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten. Es gibt viele sozialdemokratische Kleinmeister, die bei Streiks einen abenteurerhaften Standpunkt einnehmen. Wenn die Angestellten nicht mit ihrer Klasse verbunden sind, dann müssen sie wieder zu Kammer und Kelle greifen. Wenn das so fortgeht, da haben wir schließlich lauter Beamte und keine Mitglieder mehr.

Thiele: Durch die Anwesenheit von Regierungsvorstreitern auf dem Kongress muß nicht die Arbeiterbewegung der proletarischen Bewegung beseitigt werden, aber ein Beweis für deren Schwäche ist die Anwesenheit jener Herren doch erst recht nicht gewesen. Wer in die Gewerkschaft tritt, wird nicht nach seiner politischen Meinung gefragt, aber er muß selbst Sozialist werden, wenn er Einblick in die kapitalistische Ordnung bekommt. Der Kongress hat die Arbeiterbewegung nicht als politische Partei anerkannt, nicht gerade dort, wo der proletarische Kampf möglich ist, fehlt es an einer starken politischen Partei, während der große schwebende Sieg durch die Partei errungen wurde. Die Angestellten an der Spitze und in den Gewerkschaften werden doch von den Genossen a e w h i t., weil sie das Vertrauen der Arbeiter haben. Die Angestellten müssen durch die Partei sich zeigen, daß man ihnen alles Liebe vertrauen darf? Partei und Gewerkschaft sind untrennbar; beides ist die Betätigung desselben Strebens, nämlich des Strebens nach Emanzipation der Arbeit. Als Parteimitglied nimmt der Arbeiter die politischen Rechte dazu in Anspruch; als Gewerkschaftsmitglied nimmt er den politischen Kampf in Anspruch. Wenn einer der Vorredner sich heute mit so großen Worten als Sittenrichter über die Partei aufgemorren habe, so möge er sich doch erinnern, daß er noch vor wenigen Wochen öffentlich erklärt hat, er wolle von der Sozialdemokratie und den Arbeitern nichts wissen. Es thut nicht gut in solcher Lage den Mund aufzumachen. Wenn man den Vorredner seinen Arbeitervertrauen anlangt, so rede ich es mir zur Ehre an, Vorleser der selben zu sein und nach Kräften für Besserung der Lage unserer Parteiredeakteure und Gewerkschafts-Angestellten zu sorgen. - Die Ausgabe für das Reichs-Arbeiter-Sekretariat ist unbedingt nötig. Fünftig werden 150000 M. an Reichsversicherungsämtern bei den Terminen ihrer juristischen Prozesse gegen gegenüber nicht bestehen, wenn sie auch noch so sehr recht haben. Diesen armen Leuten muß Hilfe geleistet werden, und das ist die Aufgabe des Reichs-Arbeiter-Sekretariats. Selbst wenn die Kosten nicht 15000 sondern 50000 M. betrügen, so müssen die Opfer des Kapitalismus bezahlen.

Der anwesende Polizeikommissar macht darauf aufmerksam, daß 12 Ur vorüber sei und die Verammlung geschlossen werden müsse. Der Vorsitzende erwidert darauf die Redner, die Frage des Unterstufungs-Fonds nicht aufzugeben, da dies am Donnerstag unter dieser Woche nochmals im Sozialdemokratischen Verein verhandelt werde.

Schnabel fürchtet, die 15000 M. für das Reichs-Arbeiter-Sekretariat würden nicht reichen und polemisiert gegen Waller und Pfeiffer. In Ansehung der Verbandsvorstand im Rechte gewesen; mit der Auflösung ist nicht gehandelt worden; die Rechte wurde die Fikale nicht aufgehoben.

Weinhardt ist gegen Zahlung eines Beitrags zum Unterstufungs-Fonds. Was wendet sich in sehr scharfer Weise gegen Gieseler, dem in Folge seiner Jugend das Verständnis für das Vorgehen des Bunds verliert. Gieseler ist in 14 Jahren der Arbeiter in Deutschland zu nehmen. Nach dem Vorgehen von Gieseler an und Moraner und nach einem sehr abgeklärten Schlusswort Albrechts hat die Verammlung 1/2 Uhr ihr Ende erreicht.

Aus dem Reich.

Mainz. Ein hereingefallener Wurenkämpfer Der von St. Helena entlassene Wurenkämpfer Seneg aus Mainz, welcher einen Vortrag über seine Lebensgeschichte halten wollte, mußte seine Papiere zu diesem Zwecke der Polizei vorlegen. Hierbei stellte sich heraus, daß sich Seneg seiner Zeit seiner Militärpflicht entzogen hatte, weshalb er sofort als unehrlicher Deserteur in ein hiesiges Infanterie-Regiment eingezogen wurde.

Ein Kesselfeuer zerstörte Dienstag die Rheinische Brauerei in Neuenau in Brand. Der entstandene Schaden ist erheblich. Zwei Brandtente, welche Feuer aus den Stellen retten wollten, wurden verletzt.

Münster. Eisenbahnunfall. Auf dem Kongressbahnhofe fuhr ein Zug gegen einen Weibsch. Die Maschine wurde stark beschädigt; ein Arbeiter erlitt einen Beinbruch, ein anderer wurde am Arme verletzt.

Nachen. Verhörter Eisenbahnunfall. Als Montag früh der Expresszug die Strecke der Eisenbahn über Gelsdorf eintrat, stand auf demselben Gleise eine Lokomotive, deren Führer, die Gefahr bemerkt, Vollstopp gab, um zu entkommen. Als der nachfolgende Expresszug die Maschine bereits freiließ, sprang der Lokomotivführer ab. Die Maschine fuhr mit eigener Gewalt und rasender Geschwindigkeit auf die Eisenbahn zu. Die Lokomotive wurde durch die Kollision vollständig zerstört, wodurch aber beide Gleise so vollständig zerstört wurden, daß der Verkehr den ganzen Tag über unterbrochen war und erst nachmittags 5 Uhr wieder aufgenommen werden konnte. Der Expresszug Wien-Münster konnte, ohne Schaden genommen zu haben, seine Fahrt fortsetzen.

Augsburg. Verhaftet wurde in Folge der nach Unterabteilung von über 400000 Mark seit Februar flüchtige Bankgenossin.

Hannover. Erschossen hat sich der Stadtrat Binkler, Anführer der Arbeiterbewegung, Robert Binkler, ein noch unbekannter Gräber. Sein Bruder, der früher Stad-

rat in Glemm war, hat sich vor zwei Jahren in Schwabbe bei Glemm erschossen.

Hamburg. Einen Nordpriel machte der Italiener Prizzi auf die Hauswirthin Schacht in der Molenstr. Die Frau wurde schwer verletzt. Der Mörder entflo.

Homburg. Unter dem Verdachte, seine Frau zu ertränken, am Strande der Elbe verhaftet zu haben, wurde der Rührer Marx in Dortheim verhaftet. Die Frau war seit sechs Wochen nach einem Streit mit ihrem Manne verschwunden. Die Leiche wurde jetzt aufgefunden.

Bremen. Verurtheilt der Partaifen-Buchhalter wegen Veruntreuung von 70000 Mark wurde der Buchhalter Götting von der neuen Spartaife zu drei Jahren Gefängnis verurteilt.

Strahburg. Ein jugendlicher Mörder. In dem Dorfe Kleinweiler i. El. hatte ein 13jähriger Knabe ein fünfjähriges Mädchen ins Feld unter dem Boraken, er wollte ihn strafen gehen. Dort hat er das Kind ertränkt, nachher ließ sich nachdem er sich an ihm vergangen hatte. Die Mutter des Mädchens fand die Leiche im Felde; der Oberkörper war mit Erde zugegeben. Der junge Mörder heißt Alfons Effter und stammt aus einer ordentlichen Familie. Seine Mutter und seine Großmutter sind vor Entsetzen krank geworden.

Vermischtes.

Der Einzug des Glockenturms von San Marco hat in der ganzen Welt großes Bedauern verursacht. Hat doch damit der alte historische Markusplatz mit seinen eigenartigen archaischen Gebäuden, die sich um seinen Fuß verloren. Der Glockenturm, ein fast 100 Meter hoher Bauwerk, stammte aus dem Jahre 888. Später wurde an ihm mehrfach gebaut; so werden Restaurationsarbeiten aus dem Jahre 1829 gemeldet, und im Jahre 1846 erweiterte ihn San Sabinus durch die Vögeltur, den stillen Boran. Keiner von diesen archaischen Gebäuden, die sich um seinen Fuß verloren, die Räume als Sitz der staatlichen Hauptwerke, wenn die venezianische Regierung drüben im Dogenpalast im Saal des Großen Rats ihre Sitzungen abhielt. In der Neuzeit war oben auf dem Turm das Quartier eines Feuerwächters, der die Wächter des Turms, die Bürger Venezias sorgsam Feuer und Licht bewachte.

Ein Flugzeug verunglückte die Katastrophe in der Wiener Neuen freien Presse folgende: Um 1/2 Uhr löste die auf dem Markusplatz angeordnete Menschenmenge die Schläge. Zugleich bemerkte man, daß sich an der Nordwestecke des Turms ein unregelmäßig geformtes Mauerstück löste und herabfiel. Bald kurz nach dem Ereignis wurde die Mauerfläche herab. Im nächsten Moment begann sich der durch einen Blitzschlag schon vor 150 Jahren entstandene Hügel an der Seite als Campanile nach dem Urturm zu so öffnen und gleich darauf fiel der Turm nach allen Seiten auseinander. Die auf dem Turm angeordnete Menschenmenge wurde durch den Zusammenstoß auseinander. Es entstand ein furchtbares Gedränge, wobei mehrere Personen ins Wasser stürzten, jedoch konnten die Verunglückten gerettet werden.

Der Gemeinderat von Venedig beauftragte in außerordentlicher Sitzung als erste Beschlüsse zum Wiederaufbau des Glockenturms eine hohe Kommission, die über die Spartaife listete zu demselben Zweck 100000 Lire.

Diamantenbeschlag. Einem Diamantenhändler aus Rotterdam wurde an der belgisch-holländischen Grenze seine Handtasche gestohlen, die für über 100000 Frks. Diamanten enthielt.

Ein unheimlich toter Leberfall wird der Herr Jg. aus Paris gemeldet. Der langjährige Arzt des hiesigen deutschen Hilfsvereins, Dr. Orbenstein, wurde am der Fahrt nach Versailles von einem Wirtin, einem ca. 30-jährigen Manne, durch einen Dolchstoß in den Unterleib schwer verletzt. Der Fahrer vermerkt jede Auskunft über seine Verletzung. **Der große Feuertag** der hiesigen Feuerwehr (14. Juli) hat infolge der großen Hitze den Soldaten schwere Strapazen gebracht. Am ganzen wurden bei der Reue auf dem Felde von Lungenschmerz etwa 650 Erkrankungen an Sonnenstich gemeldet. Der Nachmittag und Abend über hat man im Allgemeinen durch Paris fahren, das wird besser gemeldet. Es wird in vielen Kreisen, besonders bei den Soldaten, lebhaft agitiert, damit dieses nutzlose, die Truppen unnützig ermüdende Schoungedränge abgebrochen wird.

Letzte Nachrichten.

Petersburg. 16. Juli. Oberst Grimm wurde gefesselt nach seinem Verhaftungsbefehl gebracht. Er weinte. Man glaubt nicht, daß er lebend zurückkehren wird.

Paris. 16. Juli. Nach einer Meldung aus Saloniki wurde gefesselt dort ein neuer Erbfuß wahrgenommen. Mehrere Häuser, darunter das des Gouverneurs, zeigen klaffende Risse.

Madrid. 16. Juli. Ein furchtbarer Sturm ist über Port de France niedergegangen und hat großen Schaden angerichtet. Der Blitz zündete an mehreren Stellen, der Hagel fußhoch in Laubengärten. Auch die Umgegend von Zarzosa hat sich schwer gelitten.

Chalon. 16. Juli. Ein furchtbarer Sturm entlief sich gegen zwischen 5 und 6 Uhr über der Stadt. Mäusen wurden entworfen, Häuser abgedeckt; mehrere Bote auf der Saone sanken. Gleichzeitig ging ein Vollenbruch nieder.

Johannesburg. 16. Juli. Uppräsident Steijn und seine Frau sind in Kapstadt eingetroffen, um sich nach Europa einzuschiffen.

Venedig. 16. Juli. Der Baufonds weist bereits private Spenden in Gesamthöhe von 50000 Lire auf. Der Wiederaufbau ist beschlossene Sache. Der Gemeinderat nahm einstimmig den betreffenden Antrag an. Die Petition um Bewilligung eines Notanlehens an die Deputiertenkammer ist bereits abgegangen. Der Schutt wird in Gegenwart einer archaischen Kommission aufgeräumt werden, um die wertvollen Bruchstücke für den Neubau zu verwenden. 21 Personen wurden bei dem Einsturz leicht verletzt.

Stadtsammlische Nachrichten.

Halle (Eilmeldung 2), den 15. Juli.
Aufgehoben: Schloffer Kaufhaus und Emma Bölling (Gartenstraße 12 und Mühlberg 6). **Erhalten:** Kasper Kasper (Mühlberg 107 und Böhlberg 107). Diener Lerpe und Marie Steninger (Breitstraße 31 und Belberber). **Schmeibergmeister:** Jekat und Martha Thiene (Gottesackerstraße 10 und Sierleben). **Oberleutnant:** Heltrich und Marie Pils (Halle a. S. und Keilberg).
Beschliffen: Kliffent Friedrich und Magdalene Kliffent (Schlofferstraße 21 und Thomasturm 45).
Gebohren: Klumpenmeister Anke S. (Steinweg 33). Feuerwehmann Klostermann E. (Ritterstr. 11). Kliffent A. D. Kliffent (Kleine Ulrichstr. 5). Diener Kliffent S. (Grotzenweg 9). **Retenauer:** Kliffent Kliffent (Kleinweg 3).
Verheiratet: Kliffent Kliffent (1 Mon. Schlofferstraße 11). Kliffent Kliffent S. 1. (Klosterstr. 28). Lage Kliffent Kliffent, 56 Frs. (Mühlberg). **Privatmann:** Kliffent Kliffent (1. Ritterstr. 1). **Privatmann:** Kliffent Kliffent, 73 Frs. (Grandeplatz 1). **Wilhelmine:** Kliffent Kliffent, 68 Frs. (Klosterstr. 2).

Verantwortlicher Redakteur: **Dr. Thiele in Halle.**